

Rezension: Eckhard Jesse: Systemwechsel in Deutschland: 1918/19 - 1933 - 1945/49 - 1989/90

Hansen, Hendrik

Veröffentlichungsversion / Published Version
Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hansen, H.r. (2011). Rezension: Eckhard Jesse: Systemwechsel in Deutschland: 1918/19 - 1933 - 1945/49 - 1989/90. [Rezension des Buches *Systemwechsel in Deutschland : 1918/19 - 1933 - 1945/49 - 1989/90*, von E. Jesse]. *Totalitarismus und Demokratie*, 8(2), 319-322. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-339864>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Eckhard Jesse, Systemwechsel in Deutschland. 1918/19 – 1933 – 1945/49 – 1989/90, Köln/Weimar/Wien 2010 (Böhlau Verlag), 280 S.

Der Titel ist ein *understatement*: Was Eckhard Jesse mit seinem Band „Systemwechsel in Deutschland“ vorlegt, beschränkt sich nicht auf einen politikwissenschaftlichen Vergleich der vier im Untertitel genannten Systemwechsel, die die deutsche Geschichte im zwanzigsten Jahrhundert geprägt haben, sondern es ist auch eine Bilanz der jüngeren politischen Geschichte Deutschlands anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der Deutschen Einheit. Jesse

verbindet die politikwissenschaftliche Analyse historischer Ereignisse mit der politischen Reflexion der Gegenwart und leistet damit nicht nur einen Beitrag zur Transformationsforschung, sondern auch zur aktuellen (geschichts-)politischen Diskussion. Mit einer Formulierung von Alexander Rüstow lässt sich sein Anliegen als eine „Ortsbestimmung der Gegenwart“ bezeichnen.

Einleitend stellt Jesse fest, dass es nur wenige vergleichende politikwissenschaftliche Untersuchungen der vier Systemwechsel in der deutschen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts gibt, zu denen er die Revolution von 1918/19, die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933, die Gründung der Bundesrepublik und der DDR in den Jahren 1945 bis 1949 und die friedliche Revolution von 1989/90 zählt (Kap. 1). Die Transformationsforschung hat sich ausführlich mit den weltweiten Demokratisierungsprozessen seit den siebziger Jahren und insbesondere mit der Errichtung demokratischer Systeme in ehemals kommunistisch regierten Staaten nach 1989/90 befasst, doch die umgekehrte Entwicklung, der Übergang von der Demokratie zur Diktatur, wird in der Regel ausgeblendet (Kap. 2, S. 21). Hier ist eine Erweiterung des Blicks erforderlich, denn die vier Systemwechsel in Deutschland sind dadurch gekennzeichnet, dass sie jeweils zwischen unterschiedlichen Systemen stattfanden: 1918/19 wurde ein autoritäres, obrigkeitstaatliches, aber dennoch rechtsstaatliches System (vgl. S. 34) von einer Demokratie abgelöst; 1933 wurde die Demokratie abgeschafft und eine totalitäre Diktatur errichtet; 1945/49 wurde nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur in Westdeutschland die Demokratie wieder eingeführt, in Ostdeutschland hingegen eine erneute totalitäre Diktatur unter umgekehrtem ideologischen Vorzeichen; 1989/90 wurde letztere, die in der Ära Honecker durch eine gewisse „Liberalität“ gekennzeichnet war (S. 112), in der friedlichen Revolution gestürzt und im Rahmen der Wiedervereinigung durch die Demokratie abgelöst. Jesse behandelt zunächst ausführlich diese vier Systemwechsel (Kap. 3 bis 6), bevor er sich in weiteren vier Kapiteln ihrem Vergleich widmet (Kap. 7 bis 10) und zu einer Schlussbetrachtung kommt (Kap. 11).

Die vier Kapitel, die sich mit den Systemwechseln befassen, folgen um der Vergleichbarkeit willen alle dem gleichen Aufbau: Sie stellen zunächst die Ursachen für den Zusammenbruch des alten Systems dar, analysieren dann „Verlauf

und Phasen“ der Institutionalisierung und Konsolidierung des neuen Systems und schließen mit einer Untersuchung der „Ergebnisse und Folgen“. Der Systemwechsel von 1918/19 wird in der Literatur regelmäßig ambivalent beurteilt, weil die Weimarer Verfassung die politische Instabilität förderte und die Verfassung zu wenig Rückhalt bei den politischen Eliten genoss (Kap. 3). Jesse stimmt dieser Kritik zu, hält es aber für notwendig, sie zu relativieren; insbesondere sei es falsch, die Situation in den Jahren 1918/19 ausschließlich vom Ende der Weimarer Republik her zu deuten. 1918/19 stand die neue sozialdemokratische Regierung vor der Herausforderung, einen Bürgerkrieg zu verhindern, den insbesondere der Spartakusbund unter der Führung von Liebknecht und Luxemburg herbeiführen wollte (S. 40). Dieses Ziel wurde von der SPD erreicht – wenn auch nur um den hohen Preis einer engen Kooperation mit der militärischen Führung, die ihrerseits mehrheitlich dem alten System anhing (S. 39). An den Mängeln der Weimarer Verfassung lässt Jesse keinen Zweifel (S. 40–43), weist aber darauf hin, dass das entscheidende Manko die fehlende „Herausbildung stabilisierender Elemente in der politischen Kultur“ war (S. 40): Anders als in der Bundesrepublik waren die Demokraten in der Weimarer Republik „ungefestigt“ (S. 40 f.), und die Intellektuellen trugen ihrerseits zur Destabilisierung der Republik bei (S. 44).

Den vielfach analysierten Machtwechsel von 1933 untersucht Jesse ebenfalls aus der Perspektive der Systemwechselforschung, und darin liegt die Originalität dieses Kapitels (Kap. 4). Der Autor zeigt, dass die Kategorien der Transformationsforschung auch auf den Nationalsozialismus anwendbar sind: Der Untergang des alten Systems lässt sich mit einer Kombination der Schwächen ihrer Vertreter (z. B. der fehlenden Kompromissbereitschaft der Parteien, der unzureichenden Möglichkeit, gegen Extremisten vorzugehen etc.) und der geschickten Taktik der Nationalsozialisten erklären, wobei Jesse betont, dass in der Machtergreifung der NSDAP zu keinem Zeitpunkt eine Notwendigkeit lag. Die Institutionalisierung und Konsolidierung der Macht der Nationalsozialisten nach dem 30. Januar 1933 war eine Folge einschneidender Veränderungen des Systems, zu denen der Autor vor allem die folgenden zählt (S. 58–63): die Einschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit (am 4.2.1933), die Instrumentalisierung des Reichstagsbrandes vom 27. Februar 1933, die Neuwahlen vom 5. März 1933, den „Tag von Potsdam“ (21.3.), die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes (23.3.), die Gleichschaltung der Länder (31.3. und 7.4.) und der Gewerkschaften (2.5.), die gesetzliche Einführung des Einparteienstaates (14.7.1933).

Wie bereits bei der Analyse des Niedergangs der Weimarer Republik wird bei der Darstellung der Systemwechsel von 1945/49 ein besonderes Augenmerk auf die Rolle der politischen Parteien gerichtet (Kap. 5). In den Westzonen konnten die Parteien relativ unbelastet die Aufgabe übernehmen, an der Errichtung einer neuen politischen Ordnung mitzuwirken: Es kam ihnen hierbei „ihre radikale Ausschaltung im Jahre 1933 zugute“, denn sie hatten höchstens den Makel, dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt zu haben, waren aber sonst nicht in die Ver-

brechen des Nationalsozialismus verstrickt (S. 83). Bei der Neugründung knüpfen die Parteien zum Teil an früheren Traditionen an (Bsp.: SPD), zum Teil wollten sie einen Neubeginn (Bsp.: CDU und CSU, die das Manko der rein katholischen Ausrichtung der Zentrumsparterie überwinden wollten; S. 84 f.). In der Sowjetischen Besatzungszone war die Lage bekanntlich eine ganz andere: Nachdem im Juni 1945 zunächst die Bildung von Parteien zugelassen wurde, kam es ab 1946 zu einem Prozess der Gleichschaltung unter dem Vorzeichen des Kommunismus (S. 86). Auffallend an diesem Kapitel ist, dass Jesse die Entwicklung in den Westzonen und in der Ostzone parallel behandelt und sich nicht einseitig auf den Systemwechsel im Westen konzentriert. Dadurch unterstreicht er einen wichtigen Aspekt dieses Systemwechsels, der später im Buch noch stärker betont wird: Sie leiten die Nachkriegsphase ein, die im Grunde erst mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 abgeschlossen wurde.

Der Systemwechsel von 1989/90 nimmt mit Abstand den größten Raum ein (Kap. 6): Die Darstellung soll mit der Nähe zur Gegenwart ausführlicher werden, weil die Systemwechsel miteinander verflochten sind (S. 12). Die friedliche Revolution bedeutete eben nicht nur das Ende der DDR, sondern auch die Verwirklichung einer rechtsstaatlichen Demokratie in Deutschland, die bereits mit der Weimarer Verfassung angestrebt worden war. Bei der Analyse des Untergangs der DDR vertritt Jesse die plausible These, dass sie nicht an ihrer Starrheit gescheitert ist, sondern dass die Diktatur nur wegen ihrer Starrheit bis 1989 aufrechterhalten werden konnte (S. 117): Das System war nicht reformierbar; jede Form von Liberalität unterhöhlte das Regime. Das wird u. a. an den Ausreiseträgen deutlich: Jede Erhöhung der Zahl der bewilligten Ausreisen „führte nicht zum Verschwinden des Unruhepotenzials, sondern zog weitere Ausreiseträge nach sich.“ (Ebd.) Bei der Darstellung der Phasen der Revolution und der Wiedervereinigung wird wiederum die Rolle der Parteien hervorgehoben. Im Ergebnis betont der Autor, dass die Revolution von 1989 ein Ruhmesblatt der deutschen Geschichte darstellt, ihr Preis aber eine unzureichende Delegitimierung des Kommunismus war: „Die Delegitimierung des Kommunismus ist jedenfalls in Deutschland nur halbherzig gewesen, die seiner Vertreter bis heute ausgeblieben.“ (S. 145)

Die folgenden vier Kapitel befassen sich mit der komparativen Analyse der Systemwechsel. Zunächst werden die vier Systemwechsel nach ihrer Charakterisierung, der Intensität des Wechsels, der historischen Determiniertheit, dem Verhältnis externer und interner Faktoren, der Rolle extremistischer Kräfte usw. miteinander verglichen (Kap. 7). Hinsichtlich der Frage der Bewertung der vier Systemwechsel hält der Autor fest, dass es heute in der Bundesrepublik ein hohes Maß an Übereinstimmung gibt: „Das ist ein beredtes Zeichen für den Wandel der politischen Kultur.“ (S. 172) Kapitel 8 vergleicht dann die politischen Systeme, die aus dem Systemwechsel hervorgegangen sind: die beiden Diktaturen (Drittes Reich und DDR), die beiden Demokratien (Weimarer Republik und Bundesrepublik) sowie die Demokratie der Bundesrepublik mit

der Diktatur der DDR. Wiederum wird hervorgehoben, dass der Unterschied zwischen der Weimarer Republik und der Bundesrepublik weniger in der Verfassungsordnung liegt, als vielmehr in der politischen Kultur: Die Bundesrepublik zeichnet „ein hoher demokratischer Basiskonsens“ aus (S. 181) – doch „ist die ‚Erosion der Abgrenzung‘ (Wolfgang Rudzio) zwischen Demokraten und linkem Rand ein Menetekel“ (S. 181).

Ergänzt wird der Systemvergleich um den zwischen der Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung (Kap. 9). Dieses Kapitel widmet sich vor allem der Frage, ob es berechtigt ist, die „Berliner“ von der „Bonner Republik“ zu unterscheiden. Der Autor behandelt eine Reihe von Veränderungen im politischen System der Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung, kommt dann aber zu dem Schluss, dass das „wiedervereinigte Deutschland (...) bei allen Wandlungen keine neue Republik“ ist, sondern „eine erweiterte Bundesrepublik“ (S. 193). Kapitel 10 vergleicht die Systemwechsel noch einmal nach den Kategorien der Systemwechselforschung (Ende des alten Systems, Institutionalisierung und Konsolidierung des jeweiligen neuen Systems). Dabei zeigt sich vor allem, dass die Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie, des Föderalismus und des Sozialstaates sowohl die Weimarer Republik als auch die Bundesrepublik als auch die politischen Forderungen im Rahmen der friedlichen Revolution von 1989/90 prägten. Deshalb handelt es sich bei diesen Prinzipien nicht um „Importgut“, das den Deutschen nach 1945 in den Westzonen von den Alliierten oktroyiert wurde, sondern um eine eigenständige politische Tradition. Jesse folgert somit in seinem Fazit (Kap. 11): „Erst mit dem Jahr 1989/90 ist Deutschland dort wieder angelangt, wo es 1918/19 stand – mit freilich weitaus verheißungsvolleren Perspektiven.“ (S. 215)

Im Fazit werden die Perspektiven der Demokratie in Deutschland und der Umgang mit der Vergangenheit reflektiert; dabei wird noch einmal der Anspruch des Bandes deutlich, der – wie eingangs erwähnt – über einen bloßen Vergleich von Systemwechseln hinausgeht und darauf zielt, eine Bilanz der Entwicklung des demokratischen Rechtsstaates in Deutschland seit 1918 zu ziehen. Deutlich wird dabei, dass diese Entwicklung entscheidend von der Auseinandersetzung mit den fundamentalen Gegnern des Rechtsstaates und der Demokratie gekennzeichnet ist. Deshalb ist es auch heute so notwendig, sich mit der Infragestellung der grundlegenden Werte dieses Systems durch den Nationalsozialismus bzw. Rechtsextremismus und den Kommunismus auseinanderzusetzen. Wenn Gegner des Rechtsstaates und der Demokratie verharmlost werden, wird das eigene politische System relativiert. Das Beispiel der Weimarer Republik zeigt, warum dies so problematisch ist – eine Republik ist auf die grundsätzliche Zustimmung der Bürger zu ihren Werten angewiesen, und die Zustimmung bedarf der fortwährenden Auseinandersetzung mit diesen Werten und mit den Erfahrungen der Geschichte. Dazu leistet dieser Band einen wertvollen Beitrag.

Hendrik Hansen, Universität Passau, 94030 Passau.